

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1907

275 (25.11.1907)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Abgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Im Haus durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Abgaben abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
 Luisenstraße 24.
 Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
 Sprechstunden der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
 Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einspaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 1/2 1 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
 Buchdruckerei Sed & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für Redaktionen, Botschaften und Deutsche Post, Ausland, Kommunalpolitik und Legate Post: W. H. Kolb; für den übrigen Inhalt: A. Weismann.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
 Karl Biegler in Karlsruhe.

Zweiter sozialdemokr. Preussentag.

Berlin, 22. November 1907.

2. Verhandlungstag.

Vors. Singer eröffnet die Verhandlungen kurz nach 10 Uhr. Zur Beratung gelangt Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Landtagswahlen 1908.

Der gemeinsam mit Punkt 2 zur Debatte kommt. Das Referat vorträgt Gen. Dr. Leo Arons: Wie ein roter Faden zog sich durch das geistige Referat des Genossen Adler der Gedanke, daß die schmachvollen Zustände Preußens verschwinden werden durch das allgemeine Dreiklassenwahlrecht. Die Öffentlichkeit der Wahl ist ein Lieblingsstück der Reaktion und Bismarck hat noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ gemeint, die geheime Wahl widerspreche den besten Eigenschaften des germanischen Volkes. In Wahrheit sind schon die ersten Wahlen in Preußen, die nach der Städteordnung von 1808 stattfanden, geheim gehalten. Wollen die jetzt lebenden Hohenzollern die wahre Herkommen der Wähler nicht mehr kennen lernen? (Sehr gut!) Öffentlich wird heutzutage außerhalb Deutschlands nur in Ungarn und Dänemark gewählt, innerhalb Deutschlands nur noch in Baden, Braunschweig und Schwarzburg-Sondershausen. — Wie stehen nun die sogenannten „Volksparteien“ zu diesem Landtagswahlrecht. Freisinn und Zentrum sind theoretisch Anhänger der Überführung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen. Den ausichtsreichsten Versuch zur Einführung des Reichstagswahlrechtes machte 1873 Windthorst für das Zentrum. Aber seinen Antrag lehnte das Abgeordnetenhaus, das damals eine nationalliberal-freisinnige Mehrheit hatte, mit gewaltiger Mehrheit ab. (Hört, hört!) Erst als der Freisinn wieder in ausichtsloser Minorität war, unternahm er seinerseits Schritte zugunsten eines besseren Wahlrechtes in Preußen. Parteisch-revolutionär erklärte noch im Frühjahr 1906 der Abg. Dr. Wiemer, daß nur Heuchelei oder Schmeichelei das Wahlrecht in Preußen als gerecht und vernünftig anerkennen können. Wie möglich hat sich aber der Freisinn und das Zentrum unserer Wahlrechtsdemonstration vom 21. Januar 1906 gegenüber bekommen. Wie schmachtvoll hat sich Kaumann in Frankfurt zu dem faulen Frieden gewinnen lassen. Wirth und seiner Gruppe, die wir ehrend anerkennen, wollen wir gern zu gemeinsamen Kampfe die Hand reichen, aber nicht dem hinterhältigen parlamentarischen Freisinn. (Weiß, Weisfall.) Unsere Forderung in der Agitation ist zunächst die Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf Preußen. Je fruchtbarer und energischer unsere Agitation einsetzt, um so leichter werden wir darüber hinaus zu unserer prinzipiellen Forderung: gleichen Wahlrechtes für alle Volljährigen ohne Unterscheid des Geschlechtes fortzuschreiten können. (Sehr gut!) Wir haben große Versäumnisse in der Agitation für das gleiche Landtagswahlrecht wieder gutzumachen. Wir schließen unsere Reihen fester zusammen mit dem Zentrum. Soraus mit dem Reichstagswahlrecht für Preußen! Zum Kampfe dafür aber soll uns Laffalles Wort zum Vorbild dienen: Wiederholen Sie täglich und unermüdet dasselbe, wieder dasselbe und immer dasselbe.“ Je öfter es wiederholt wird, desto greifbar es um sich. Das Geheimnis aller praktischen Erfolge ist, alle Kraft auf einen Punkt, den wichtigsten Punkt zu konzentrieren. Wäiden Sie nicht nach rechts und nach links, vertreiben Sie alles, was nicht allgemeines, gleiches, direktes und gleiches Wahlrecht heißt. Dieses Zeichen müssen Sie aufhängen, unter diesem Zeichen müssen wir siegen! (Stürmischer, oft wiederholter Beifall.)

Zum Schluß empfiehlt Dr. Arons folgende Resolution zum preussischen Wahlrecht an Stelle der gestern von ihm gemeinsam mit Adler (Ael) eingebrachten, inzwischen zurückgezogenen:

Der Parteitag erklärt: Das preussische Abgeordnetenhaus ist eine ausschließliche Vertretung der bestehenden Klassen. Seine bisherige Tätigkeit war in überwiegender Weise schäblich, volksfeindlich und reaktionär.

Der Grund für diese Klassenherrschaft ist in erster Linie zu sehen in dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht, auf Grund dessen 85 Prozent der Wähler aus der unteren Klasse nur die Hälfte des Rechtes haben wie 15 Prozent aus den oberen Klassen.

Eine Kultur und Fortschritt fördernde, die Interessen der arbeitenden Klassen berücksichtigende Tätigkeit des preussischen Parlaments ist nur zu erwarten von der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterscheid des Geschlechtes auf Grund der Verhältnismäßigkeitswahl.

Der Parteitag fordert von den Parteigenossen Preußens, daß sie unausgesetzt eine energische Agitation für die Befreiung des bestehenden Wahlrechtes betreiben, das eine Schmach für das preussische Volk ist.

Die Parteigenossen sind verpflichtet, den Kampf gegen das bestehende elendeste und erbärmlichste aller Wahlsysteme mit allen dem organisierten Proletariat zu Gebote stehenden und zweckentsprechenden Mitteln zu führen und nicht eher zu stehen, bis dieses Ziel erreicht ist.

In der Diskussion begründet Genosse Vinickiewicz einen Protest gegen die Polenpolitik der preussischen Regierung.

Genosse Robert Schmidt-Berlin: Zwei mächtige Gegner hat das allgemeine Wahlrecht in Preußen: das Junkertum im Osten und die Hochfinanz im Westen. Die Arbeiter mahnte der Minister auf dem Arbeiterkongreß zur Bescheidenheit. (Lachen.) Gegenüber so dreisten Gegnern dürfen wir nicht ruhen, als bis unser Ziel der Gleichberechtigung in Preußen erreicht ist. — Genossin Thiele-Testow-Beeslow bittet, bei der öffentlichen Agitation das Frauenwahlrecht mit in den Vordergrund zu stellen. — Ed. Bernstein-Breslau: Bei großen Massenbewegungen kann man nicht diplomatisch sein. Es gilt nur, den Stein ins Rollen zu bringen, dann läßt er sich im Laufe nicht mehr aufhalten. Ohne Prophet zu sein, kann man sagen, daß wir noch einmal unter dem alten Wahlsystem werden wählen müssen. Wahlobstruktion werden wir diesmal nicht treiben können. Auch im Landtage werden wir parlamentarische Obstruktion nicht treiben können, dazu werden wir nicht stark genug werden. Aber außerhalb des Parlaments müssen wir Obstruktion treiben, wo sich uns Gelegenheit dazu bietet. Wir müssen keine Ruhe geben, bis unsere Forderungen erfüllt sind und bis dahin alles tun, um die Staatsmaschine zum Stillstand zu bringen. Andererseits haben wir indirekt auch Einfluß auf die Zusammenfassung des Landtags. Und auch diese Waffe dürfen wir nicht wegwerfen, sollen wir nicht uns selbst untreu werden. (Beifall und Zwischen.)

König-Dortmund: Erst jetzt haben wir durch die Macht der Organisation die Möglichkeit gewonnen, auch trotz der öffentlichen Stimmabgabe Erfolge auch im Reichstag zu erzielen. Die christlichen und kirchlich-Dunkelsten Bergarbeiter haben infolge der Verhandlung des Bergarbeitergesetzes die grenzenlose Minderjährigkeit des preussischen Reichstagsparlamentes eingesehen. Mein sind wir zu schwach. Aber im Bunde mit diesen Proletariern werden wir die Zwingsburg des preussischen Landtages in Trümmer legen.

Löbe-Breslau: Wir wollten doch die Richtlinien der Taktik festlegen. Sollen wir mit den christlichen und freisinnigen Arbeitern zusammen einen Wahlrechtskongreß abhalten und eine Deputation zu Wilow schicken? Oder sollen wir Straßen-demonstrationen unternehmen? Sollen wir bei der Wahl nach Möglichkeit Obstruktion treiben oder sollen wir suchen, die parlamentarischen Chancen des Wahlkampfes zu verbessern. Wir tappen im Dunkeln über die Taktik des künftigen Wahlrechtskampfes. (Beifall und Widerspruch.)

Frau Zieck-Hamburg: Auch dieser Wahlrechtskampf muß alle Arbeiter vor den Wagen des sozialdemokratischen Kampfes spannen. (Beifall.) Ich versichere daher nicht, daß ein Genosse wie Bernstein auf die Idee kommen konnte, den Liberalen noch durch Wahlunterstützung Dant abzuhalfen für ihren fortgesetzten Volksverrat. Das Proletariat muß in seiner revolutionären Erkenntnis, gestützt nur auf die eigene Kraft, den Volkssturm entfachen, der das elendeste aller Wahlsysteme hinwegfegt.

Em. Wurm: Ich muß mich wundern, daß Bernstein und Löbe gleichsam nach einem neuen Zauber- und Wundermittel verlangen und nicht mit einem Worte der wirtschaftlichen Grundlage unseres ganzen Kampfes gedacht haben. Wir können den Massen nicht einreden, daß es möglich ist, andere Schichten als das Proletariat zum Wahlrechtskampf heranzuziehen. Das gute Gewissen der herrschenden Klassen besteht darin, daß sie das Schwert geschliffen und das Pulver trocken halten. (Sehr wahr!) Wir aber verlassen uns auf die Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung, die uns täglich neue Bundesgenossen aus den Reihen der Arbeiter zuführt.

Gen. Ledebour: Wir können doch wirklich nicht dafür, daß Gen. Löbe in solcher Konfusion herumtappet. (Seiterkeit.) Seine Gedankengänge sind jedenfalls mehr als halbreaktionär. Die Walfahrten zu Wilow, wo er gerade sein Gewerbe im Umherziehen betreibt, die Wiltgänge zu den Ministern macht die deutsche Sozialdemokratie nicht mit. (Stürm. Beifall.) Die Freisinnigen wollen bei den kommenden Landtagswahlen nur unseren Ansturm abwehren. Das hat der bemerkenswerte Herr Nischged oder ein anderer seines Geistes ausdrücklich gesagt. Umsoweniger verstehe ich, wie die Genossen dazu kommen, vorzuschlagen, daß wir als selbständige Klassenpartei abdanken und uns ins Schlepptau der bürgerlichen Parteien begeben sollen. (Weiß, Zustimmung.)

Im Auftrage des württembergischen Parteivorstandes begrüßt Gen. Hildenbrand-Stuttgart den Parteitag und fordert ihn auf, alle Mittel anzuwenden, um das preussische Wahlrecht zu demokratisieren. (Beifall.)

Nachmittags-sitzung.

In der Nachmittags-sitzung gibt Wolderst-Berlin den Bericht der Mandatprüfungskommission. Es sind anwesend 199 Delegierte, darunter 18 Frauen. Außerdem ist der Parteivorstand bis auf Gerlach vollständig anwesend, weiter drei Referenten und die drei Einberufer. — Hierauf wird die Debatte über die Landtagswahlen fortgesetzt, an der sich noch eine größere Anzahl Redner beteiligen. In seinem Schlusswort sagt Dr. Arons: Der Kampf muß mit aller Energie geführt werden. Erreichen wir 1908 das Reichstagswahlrecht nicht, dann wird es Aufgabe der neu zu schaffenden Landeskommission sein, die dann notwendig werdende Taktik festzusetzen. Zu der Abstimmung werden hierauf sowohl die Resolution

Adler-Arons, wie die Resolutionen, die sich gegen die Unterdrückungspolitik im Osten und an der Nordmark wenden, angenommen, ebenso der Antrag Löbe gegen die Ausnahmestimmungen für Fremdsprachige im Reichsvereinsgesetz. — Hierauf vertagt sich der Parteitag auf Samstag.

In der letzten Sitzung wurde über das Statut der Organisation für Preußen beraten. § 1 der Satzungen: „Zur Wahrnehmung gemeinsamer Partei-Interessen wird gemäß § 5 des Organisations-Statuts der Gesamtpartei eine Landes-Organisation für Preußen gebildet“ wurde einstimmig angenommen. § 2 wurde in folgender Fassung angenommen: Organe der Landes-Organisation sind die Landes-Kommission und deren geschäftsführender Ausschuss, die Bezirks-Komitees, die Agitations-Kommission der Landes-Verbände und die Vorstände der Wahlkreis-Organisationen. — Schließlich wurde das gesamte Statut der preussischen Landes-Organisation nach dem Beschluß der Kommission angenommen und alsdann beschlossen, den nächsten preussischen Parteitag wiederum in Berlin abzuhalten.

Deutsche Politik.

Das bayerische Diätengesetz.

Der Ausschuss der bayerischen Kammer für das Diätengesetz schlägt für dasselbe folgende Fassung vor:

Jeder Abgeordnete erhält für die Dauer einer Session eine Aufwandsentschädigung von 3600 Mk., die vom Tage der Eröffnung des Landtages beginnend, im höchstens Monatsraten von 400 Mk. postnumerando und am Tag des regelmäßigen Landtagschlusses mit dem Restbetrage zahlbar ist. Für jeden Tag, an dem ein Abgeordneter der Plenarsitzung ferngeblieben ist, werden 12 Mk. in Abzug gebracht. Wenn an einem Tage mehr als eine Plenarsitzung ist, so genügt zur Fernhaltung des Abzuges die Anwesenheit in einer Sitzung. Bei Fernbleiben wegen Krankheit oder aus anderen triftigen Gründen erfolgt kein Abzug. Die Anwesenheit in einer Ausschusssitzung wird der Anwesenheit in einer Plenarsitzung gleichgerechnet. Die Freifahrt ist während der ganzen Legislaturperiode (6 Jahre) zu gewähren.

Wirtschaftskrise und Selbstmord.

Die Folgen des Zusammenbruchs bedeutender Firmen sind nie unmittelbar nach Eintritt der Katastrophe zu erkennen, die von interessierter Seite gegebenen Auskünfte lassen die in Mitleidenschaft gezogenen Kreise immer möglichst klein erscheinen. Seit den Mitte Oktober erfolgten Zahlungseinstellungen des Bankhauses Haller, Söhle u. Co. und der Exportfirma Lappenberg in Hamburg begingen dort fünf Kaufleute Selbstmord. In den letzten Tagen entlebte sich der Fondsmakler Ballin, der 70 000 Mark Schulden hatte, dann schied der Malter Johann Hübner freiwillig aus dem Leben, ferner erlösch sich der Mitinhaber der Schmalzfirma Ernst Kee u. Co., Mathey. Sie alle fielen als Opfer der Krise. — In Thon erlösch sich der Holzspekulant Max Roth infolge starker Beteiligung bei einer in Danzig fallierten Holzfirma.

Deutsche Kulturdenkmäler.

Die Deutsch-Südwestafrikanische Zeitung erzählt aus Gobabis:

Ende Juni dieses Jahres unternahm Leutnant Bullrich, der Stationschef von Kleinfontein-Ost, mit acht Kamelen einen Mitt zur Erkundung des Kalahari-Gebietes nördlich Kleinfontein. Leutnant Bullrich fand im Omucamba den Platz, an dem die Hereros im Jahre 1904 lange gefesselt hatten, bis sie durch Austrocknen der Wasserstellen gezwungen, ins Englische übertraten. Fast bis an diesen Platz ging im November 1904 der Zug des Hauptmanns Klein. Einsam und verlassen stand noch eine Probe da mit vielen Granaten und Schrapnells, die von Hauptmann Klein dort gelassen wurde. Dann fand Leutnant Bullrich in einem kleinen Nebental ein Feld menschlicher Knochen, die von verdursten Hereros herührten.

Die Verbreitung deutscher Kultur baut sich merkwürdige Denkmäler.

Für ein Elektrizitätsmonopol des Reiches

hat sich das Reichschahamt gegenüber einem Vertreter des „Berl. Tagebl.“ ausgesprochen. Es ist einigermassen merkwürdig, daß man sich im Reich für die Monopolisierung der Elektrizität genau in demselben Augenblick zu erwärmen beginnt, in welchem die bayerischen Projekte auf Erschließung der Wasserkräfte eine erstere Gestalt anzunehmen beginnen. Der Plan des Elektrizitätsmonopols wurde u. a. auch damit begründet, daß die Arbeiter und Beamten von ihm nur Vorteile haben würden. Die Wichtigkeit dieser Behauptung muß leider auf Grund der bisherigen Erfahrungen bis auf weiteres bestritten werden. Erst müssen Reich und Staat sich daran gewöhnen, ihre Arbeiter und Angestellten als freie Staatsbürger zu behandeln, dann werden die Monopolisierungspläne auch die Unterfütterung der Massen finden.

...rdersum...
 ... Silber...
 ... Weiss...
 ... Natur...
 ... Fläsche...
 ... mac...
 ... Venrooy...
 ... Lebern...

Gewerkschaftliches.

Dem Streikbrecher einen Ueberzieher, und dem Streikenden die Gefängnis-Zelle!!!

Das ist das Neueste vom Zigarrenmacher-Streit bei der Firma Anton Behrles Nachfolger, Inhaber L. Mohr. In verfloßener Woche hatte die Firma nämlich wieder einen Arbeitswilligen von der Landstraße gefapert. Herr Direktor Weiskopf mußte denselben ostentativ von Freiburg nach Denzlingen bringen, um den Streikenden zu zeigen, daß es noch Leute gibt, die den Streikenden in den Rücken fallen. Als Herr Weiskopf mit dem Arbeitswilligen die Streikposten passierte, erscholl der Zuruf: „Du Kollege, hier wird gestreikt, wir stehen Posten!“ Das schloß dem gedungenen Kollegen in die Glieder, als wenn er elektrifiziert würde und er blieb auf der Stelle beim Posten stehen. Als der Herr Direktor nun wahrnehmen mußte, daß Arbeiter-solidarität doch ein anderes Bindemittel ist, als leere Versprechungen auf dauernde Arbeit bei fargem Lohn, erklärte er einen Ueberzieher. Der Kollege fing aber nicht an, sondern ging mit den Streikenden, und nachdem er sich gestärkt hatte, kehrte er dem gespernten Ort den Rücken. Schnaubend vor Mut mußte Herr Weiskopf seinem Herrn L. Mohr die traurige Mär mitteilen über den Erfolg der bemalenden Streikenden und seinen eigenen Mißerfolg. Aber prompt folgte ein Gegenstück. Der Streikende Paris wandte sich an einen Arbeitswilligen und Militär-Anwalt, um denselben näher über die Ursachen des Streiks aufzuklären. Der Arbeitswillige frug ihn, ob er Italiener sei und machte dabei eine abfällige Bemerkung gegen Paris. Paris wandte jetzt ein, er sei 16 Jahre in Deutschland, habe sich nichts zu schulden kommen lassen und habe seine Steuern ebenfalls bezahlt; gegen die Arbeiter sei er auch immer solidarisch gewesen und habe nie Streikbruch verübt. Als von diesem Gespräch Herr Weiskopf Kunde bekam, wußte auch schon der Gen darm Deule davon, und flugs hatte er den Paris beim Kragen. Diesmal ging aber etwas strammer her. Zunächst wurde die Patronen-tasche und der Revolver auf den Tisch gelegt und dem Paris ent-gelockert, wenn er sich nur einen Schritt entferne, würde von der Waffe Gebrauch gemacht. Alsdann ging die Reise los und zwar nach dem Gefängnis in Emmendingen. Dort mußte Paris zwei Tage in Gewahrsam bleiben, dann fand auf Grund des Protokolls vom Gen darmen Deule ein hochnotpeinliches Verhör statt, worauf Paris wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Inzwischen hatte Herr Mohr bereits das Gerücht von der Verhaftung des Paris im Orte verbreiten lassen und sich selbst dahin geäußert, es würden noch mehr hineinspazieren und hinter Schloß und Riegel gesetzt. Aber kaum war das stolze Wort ausgesprochen, da begegnete sich Herr Mohr, Herr Weiskopf und der Streikende Paris wieder, aber nicht etwa hinter Schloß und Riegel, sondern auf dem Streikposten vor der Fabrik. So arbeiten im Jahre 1907 Arbeitgeber und Volksgewalt zusammen, um den Streikenden den Kampf ums liebe Brot zu bereiten. Der Streit dauert nun schon 12 Wochen und die Firma tröstet sich mit dem Gedanken, mit der 13. Woche würde derselbe seitens der Organisation aufgehoben. Gütliche Hoffnungen! Für die Zigarrenarbeiter heißt die Parole: Ohne Auflockerung kein Ende des Streiks, kein Einziehen der Posten und keine Aufhebung der Sperre!

Singen, 20. Nov. Recht sonderbar ist das Verhalten der Direktion der Fittingwerke in ihrem Bestreben, die über die Firma verhängte Sperre wieder zu beseitigen. Ein Beweis dafür, wie unangenehm die Direktion die Sperre empfindet, dürfte schon darin zu finden sein, daß sie schon zu wiederholten Malen die angelegten Plakate, auf welchen der Einwohnerschaft und den Juristen die Verhängung der Sperre mitgeteilt wurde, durch einen Arbeiter unter Aufsicht eines Bureauange-stellten heruntertragen ließ, obwohl diese Plakate so hoch ange-heckt waren, daß man ein eigenes Werkzeug mit einer langen Stange anfertigen mußte, um die Plakate überhaupt erreichen zu können. Freilich mit negativem Erfolg, denn die Arbeiter haben eben hinterher wieder neue angeheft. Die Sache hat übrigens auch eine strafrechtliche Seite, denn die Direktion hat kein Recht, Plakate, die nicht ihr Eigentum sind, entfernen zu lassen, auch dann nicht, wenn sie ihr unangenehm sind. Von einer Anzeige haben wir nur aus dem Grunde abgesehen, weil die Direktion bisher zu Unterhandlungen geneigt schien. So mußte man wenigstens annehmen, denn noch vorige Woche teilte die Direktion dem Arbeiterausschuß mit, daß sie zu Unterhandlungen geneigt sei, doch sollten zu diesen Unterhandlungen nur Arbeiter aus der Fabrik selbst gewählt werden; denn mit den Vertretern der Organisation will die Direktion nicht unterhandeln, oder aber, wenn die Arbeiter darauf bestünden, daß die Organisationsleiter verhandeln sollten, dann sollten die Verhandlungen mit den Vertretern des Industriellen-Verbandes ge-flogen werden. Die Arbeiter beharrten natürlich bei der An-sicht, daß die Verbandsbeamten die geeigneten Personen zu solchen Unterhandlungen seien und teilten dies der Firma schrift-lich mit, gleichzeitig mit der Versicherung, daß die Arbeiter gerne geneigt seien, das ihrige dazu beizutragen, um den Konflikt aus der Welt zu schaffen. Darauf erklärte die Direktion, sie hätte die Verhandlungen an den Industriellen-Verband abgetreten, wir sollten uns dorthin wenden. Das ist nun eine Antwort oder auch keine. Die Arbeiter haben doch nicht nötig, um Verhandlungen nachzugehen, sie waren es ja auch nicht, die den Konflikt heraufbeschworen haben; das war eben die Direktion mit ihren Maßregelungsgelüsten, und wenn die Direktion jetzt die Wirkungen der Sperre unangenehm empfindet, so mag sie selbst Verhandlungen einleiten. Die Vertreter der Organisation sind jederzeit bereit, zu unterhandeln, sei es mit der Direktion oder mit dem Industriellen-Verband. Inzwischen versucht die Direktion mit allerhand skandalösen Mitteln die Keile zwischen die Arbeiterschaft zu treiben. So ließ man auf Umwegen erklären, zur Strafe sollten in diesem Jahre die sonst üblich gemeinen Weihnachtsbescherungen für die Kinder der Arbeiter in Wegfall kommen, auch sollten die Gratifikationen für längerjährige Tätigkeit in der Fabrik nicht mehr bezahlt, beginnend nicht mehr gutgeschrieben werden und was dergleichen kleinliche Manipulationen mehr sind. Neuerdings verfährt die Direktion auf einen ganz abge-brachten Trick. Unterm Geutigen läßt sie durch die Meister Unterzweifeln sammeln unter ein Schriftstück, welches natürlich im Bureau der Fabrik selbst hergestellt wurde, in welchem die Unterzeichner in den devotesten Ausdrücken ihre Zufriedenheit erklären und unterkänigst bitten, man möge ihnen ja die Weih-nachtsbescherung für die Kinder usw. nicht vorenthalten. Auch

den wir kein besonderes Gesetz. Die Justiz selbst ist daran schuld, wenn ein derartiger Mißbrauch mit dem Majestätsbeleidigungsparagrafen getrieben werden konnte. Es hat sich gezeigt, daß unsere Justiz, unsere Richter vollkommen hilflos einem perfiden Denunziantentum gegenübersteht. Aber sich der Denunzianten zu erwehren, das hätte die Justiz sehr leicht gehabt. Wenn jemand mit einer Denunziation über eine vor Jahren gefallene Neuerung kommt, so ist er eben von vorn herein ungläubwürdig. Ich habe einmal, um die Unglaubwürdigkeit eines Mannes zu beweisen, der seinen Bruder denunziert hatte, 19 Zeugen geladen. Der vorstehende Landgerichtsrat sagte zu mir: „Glauben Sie denn, daß wir die 19 Zeugen nötig haben, daß wir einem solchen Subjekt, wie der Belastungszeuge ist, auch nur ein Wort glauben würden?“ — Leider denken nicht alle Richter so.

Die Verfolgung der nicht öffentlich ausgesprochenen Majestätsbeleidigung soll an die Genehmigung der Landesjustizverwaltung gebunden sein. Wie wird das wirken? — Die Spießbürger werden über den Kaiser schimpfen, wenn die Steuern zu hoch sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die Agrarier schimpfen, wenn die Zölle nicht hoch genug sind (Heiterkeit links), die Patrioten ergehen sich in Majestätsbeleidigungen, wenn der Kaiser eine Politik einschlägt, die ihnen nicht paßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Na, Sie lernen ja die Zeit der 99 Tage, die Zeit, wo Majestätsbeleidigungen billig waren, aber nicht zur Anklage führten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Leute werden den Vorteil von der Bestimmung haben. Nun, ich gönne es ihnen, sich einmal nach Vergeltung in ihren vier Wänden auszu-schimpfen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Angeklagte erklärte: „Ich bin ein konservativer Mann, Mitglied eines Kriegervereins, ich habe mich überreißt und bitte hundertmal um Entschuldigung.“ dann wird man sagen: „Der Mann ist unschuldig.“ und man wird ihn freisprechen. Wenn ein Freisinniger erklärte: „Ich bin ein freisinniger Mann.“ dann ist es schon zweifelhaft. (Große Heiterkeit.) Zentrum und Polen haben ja heute schon die gefehliche Vermutung gegen sich, daß sie „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ handeln. (Es ist das nicht immer so gewesen und wird wohl auch in Wälde wieder anders sein. (Erneute große Heiterkeit.) Wir Sozialdemokraten sind in der Beziehung „konservativ“. Bei uns wird — mag unsere Kritik aus der reinsten Ueberzeugung kommen, mag sie noch so berechtigt sein — bei uns wird immer „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ vorliegen. Die politische Richtung spielt bei Majestätsbeleidigungsprozessen heute schon die größte Rolle. In einem nach den Wahlen herausgegebenen Erlaß lenkt der Justizminister die Aufmerksamkeit der Behörden darauf, ob die Zeitungen nicht etwa versteckte Angriffe gegen den Monarchen brähten! Eventuell müßte gegen den Täter sofort die Unter-suchung verhängt werden. Ob der Erlaß authentisch ist, oder nicht, gehandelt wird jedenfalls darnach. Durch die Ver-folgung der Majestätsbeleidigungen wird ein widerliches Denunziantentum geschworen. Man wird sagen, daß in einer Zeit, wo alle Welt über frivole Beleidigungen klagt, wir für eine Beschränkung des Beleidigungsbegriffes eintreten. Wer hat denn in dem Fall Molitor-Hau in der widerwärtigen Weise den Schmutz aufgewirbelt? Das war die „staatserkaltende“ Presse. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische hat nicht mit einem Finger an diesen Schmutz gerührt. Gegen uns aber geht man mit Verleumdungen der allerniedrigsten Art vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.)

Staatssekretär Nieberding: Wenn gerade in einem Augen-blick, wo ein solches Entgegenkommen der verbündeten Re-gierungen ein solches Entgegenkommen seiner Majestät des Kaisers hier zur ersten Verhandlung siehe, solche Erniedrigungen erfolgen, so kann das nur lebhaft bedauert werden. Unrichtig ist es auch, wenn der Vorredner behauptet, dieser Entwurf sei ent-standen in der Wahlbewegung aus politischen Motiven. Falsch ist es auch, daß eine Tendenz-Vorstellung bei der Ausarbeitung dieses Entwurfs mitgespielt habe. Mit Entrüstung wies ich auch die Unterstellung zurück, als hätten die verbündeten Regierungen diesen Entwurf vorgelegt, um mit Hilfe dieses Sawies ihn zur Grundlage einer parteiischen Rechtsprechung zu machen. (Lachen links.) Es ist auch nicht die Absicht der verbündeten Regierungen bei diesem Entwurf gewesen, das freie Wort zu verbüßern, im Gegenteil! Lehnen Sie die Vorlage ganz ab, mir ist es recht, dann bleibt die Sache wie sie ist.

Abg. Graf (v. Bg.) tritt für die Vorlage ein und hofft auf ein brauchbares Ergebnis der Kommissions-Beratungen. Er polemisiert noch gegen den Abg. Heine.

Abg. Heffner (freif. Bg.) hält es für nötig, dem Richter in dem Gesetz objektive Maßnahmen an die Hand zu geben, sonst greife der Richter unwillkürlich nach politischen Motiven bei dem Angeklagten. Die öffentliche Beleidigung sollte man ganz aus dem Spiele lassen. Es liege das gerade auch im Interesse des Ansehens des Monarchen und der Monarchie.

Abg. Windwald (Ref.-P.): Seine Freunde seien durchweg der Ansicht, daß der vorliegende Entwurf eine Verbesserung gegenüber dem bestehenden Zustande bedeute. Die Bestimmungen über nichtöffentliche Beleidigungen müssen ganz gestrichen werden. Ebenso haben auch wir Bedenken gegen die subditiere Anwendung der einfachen Anwendung der Beleidigungs-Paragrafen.

Abg. Heine (Soz.): Der Herr Staatssekretär sagte, man möge Vertrauen haben zu den verbündeten Regierungen. Die Absichten der Regierung können uns aber nur interessieren, soweit sie sich in Late n umsetzen. Wir haben nur zu fragen: Welche Folgen hat das Gesetz? Der Staatssekretär erklärte auch, man könne Vertrauen haben zu den Fürsten, die uns mit dem Gesetze die Hand entgegenstrecken. Aber die deutschen Fürsten sitzen ja nicht selbst unter der Eiche und sprechen Recht, der Richter hat nach dem Ge-setz zu verfahren, das hier vorliegt. Was nützt dem Volke das Vertrauen zu den Fürsten, wenn das Gesetz von anderen ange-wandt wird? Ich habe volles Verständnis dafür, wenn Fürsten sich populär machen wollen dadurch, daß sie auf schändliche und ungerechte Gesetze verzichten. Wenn Fürsten eine Gabe machen wollen, dann möge es aber auch eine fürstliche Gabe sein. Das vorliegende Gesetz kann ich nicht dafür halten; denn gerade auf dem Gebiete der freien politischen Rede, der freien Kritik läßt das Gesetz alles beim alten. Ich glaube, es paßt darauf das Wort, das die Karthagen an Friedrich den Großen schrieb: „Ein Taler ist kein König, ein Taler ist kein König. Ein Taler ist zu wenig, drum schick ich ihn zurück.“ (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Entwurf geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.

Tagesordnung: Gesetzentwurf über Errichtung zweier Stif-tungen aus dem Nachlaß des Malers Müller. — Interpellation Albrecht über die Lebensmittelpreise. — Interpellation Albrecht sowie Gahn und Arendt über Kohlenpreise.

schwebenden negativen Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften die christliche politische Politik bedroht werde. — Nach dieser Entgegnung des Abg. Hue wird die Vorlage mit großer Mehrheit an eine Kommission von 17 Mitgliedern verwiesen. Es folgte die erste Beratung der Majestäts-Beleidigungs-Paragrafen.

Staatssekretär Nieberding erklärt, der vorliegende Entwurf solle überleitet zu einem Strafgesetzbuch einer neuen Zukunft, wenn er glaube, die Vorarbeiten zu einem neuen Strafgesetzbuch würden schon im Laufe des nächsten Sommers zum Abschluß kommen. Die Verbündeten Regierungen hofften, daß dieser vorläufige Entwurf die Gefahr vermeiden werde, daß viele Majestätsbeleidigungsprozesse und die in ihnen ergehenden Ur-teile im Widerspruch ständen mit dem Volksempfinden. Dieses werde hoffentlich nach zwei Richtungen hin wieder ein-mal, indem es die Gerichte von Vorurteilen entlaste, die dem Volksempfinden widerstreben, in dem Volk das Vertrauen zu den Gerichten stärken und zweitens werde sie auch beitragen zur Befestigung des inneren Friedens.

Abg. Giese (kon.) ist der Regierung dankbar für diesen Entwurf. Auch er und seine Freunde meinten, daß nicht jedes verurteilte Wort bestraft zu werden brauche, das dem Munde ent-falle. Mit großer Freude begrüße er und seine Freunde hauptsächlich die Herabsetzung der Verjährungsfrist auf 6 Wo-chen. Nun sehe aber die Vorlage vor, daß, wenn nicht mehr auf Grund des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen vorgegangen werde, dann doch immer noch vorgegangen werden könne auf Grund der Bestimmung des Abschnittes 4 über die gewöhnliche Beleidigung. Dagegen hätten seine Freunde nun doch erheb-liche Bedenken, denn dann würde der Fall eintreten, daß die Majestätsbeleidigung Strafantrag stellen müssen und daß Wider-spruch statthaft sei. Auch würde dann das Antreten des Wahr-heitsbeweises möglich sein und ebenso würde die Klausel von der Wahrnehmung berechtigter Interessen zur Anwendung kommen. Daher beantragt schließlich Ueberzeugung der Vorlage an eine besondere Kommission. — Abg. Träger (fr. Bg.) gibt seiner Freude Ausdruck über die Bemerkung des Staatssekretärs, daß die Vorarbeiten zur allgemeinen Strafrechtsreform schon in nächster Zeit zum Abschluß kommen werden. Was die gegen-wärtige Vorlage anlangt, so herrsche wohl darüber allgemeine Uebereinstimmung, daß dem Uebel der Ueberhandnahme der Majestätsbeleidigungsprozesse abgeholfen werden müsse. Die Rechtsprechung sei auch eine zu spießfindige geworden. In der Tat sei schon die Zusammenstellung von „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ nicht unbedenklich. Es müssen objektive Tatbe-standsmomente etwa wie im Paragraphen 166 festgelegt werden. Und ferner das „öffentlich“ und „mit Vorbedacht“. Es könne sehr wohl vorkommen, daß jemand gerade mit Vorbedacht in einer Versammlung, also öffentlich eine Wendung brauche, die ihm als Majestätsbeleidigung ausgelegt werde, gerade um eine Wirkung zu erzielen. Er glaube nicht, daß dadurch die Majestätsbeleidigung immer beleidigt werden. Ueberhaupt werde es immer noch Fälle geben, wo auch das gesetzliche Strafmassimum für Majestätsbeleidigungen immer noch als eine zu hohe Strafe em-pfunden werde. Ganz zu verwerfen sei die Schlussvorschrift in Bezug auf eventuelle Anwendung der einfachen Beleidigungs-Paragrafen des Abschnittes 14.

Abg. Brunckmann (Rp.) beginnt damit, daß auch seine Freunde der Verwerfung an eine Kommission zustimmen. Daß die Majestät eines besonderen Schutzes wegen Beleidigungen verdiene, sei zweifellos. Der Gesetzentwurf komme in dankens-würdiger Weise den modernen Anschauungen entgegen und er hoffe, daß derselbe in der einen oder anderen Weise die Zustimmung des Hauses finden werde.

Abg. Dann (natl.) wünscht wie Träger, statt des Ausdrucks „böswillig“ das Wort „objektiv“. Auch das „mit Vorbedacht“ ist bedeutungsfähig und solle ersetzt werden durch „mit Ueber-legung“. Auch bei den öffentlichen Beleidigungen sollte man aber wie bei den nichtöffentlichen die Anklage-Erhebung ab-hängig machen von der Genehmigung der Landes-Justizbehörde. Daher wendet sich schließlich noch gegen die eventuelle Anwen-dung des Abschnittes 14 des Strafrechts.

Abg. Kirsch (Bentr.) glaubt nicht an eine so baldige Ver-änderung der Strafrechtsreform, wie der Staatssekretär sie angebe-ndet habe, im Reichstage. Was die jetzige Vorlage anlangt, so wolle er besonders darauf hin, daß ja ein ganz neues Moment in die Strafrechtspflege eingeführt werde, wenn man, obwohl für die Majestätsbeleidigungen eine sechsmonatliche Ver-jährungsfrist eingeführt werde, dennoch nach Ablauf der 6 Monate Strafverfolgung auf Grund des Abschnittes 14 eintreten lassen wolle. Rex Saldo sehe er selbst mit seinen Freunden allerdings in der Vorlage einen Fortschritt.

Abg. Heine (Soz.):

Meine politischen Freunde werden dem Antrage auf Ver-werfung des Gesetzentwurfes an eine Kommission von 21 Mit-gliedern nicht widersprechen. Ich erkläre aber schon jetzt namens meiner Partei: Wenn das Gesetz in der Kommission nicht bedeu-tend verändert wird, wenn es nicht auf eine ganz andere Grund-lage gestellt wird, so müssen wir es glatt ablehnen. Der Geset-zentwurf bringt eigentlich nur eine einzige Verbesserung, das ist die Herabsetzung der Verjährungsfrist. Im übrigen müssen wir doch sagen, das Gesetz ist zwar im Reichsjustizrat aus-gearbeitet, aber es stammt aus Pre u e n, und diesem Ursprung verleiht es nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn dieser Gesetzentwurf Gesetz wird in der vorliegenden Form, so wird die Rechtsprechung noch mehr der Parteipolitik be-zugslos als bisher, der Richter wird noch mehr zum Werkzeug der Günst oder Ungünst, welche politisch Wohlgefinte zu schätzen, politisch Schädliche zu bestrafen hat. (Sehr rich-tig! bei den Sozialdemokraten.) Politisch „schädliche Gesinnung“ kann aber heute sehr leicht jeder Mann von Niedrgrad werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz stammt aus der Zeit der Wahlbewegung. Mit größerer Harmlosigkeit könnte die-ser Zusammenhang gar nicht dargelegt werden, als es hier ge-schehen ist. Auf die Begeisterungsgenien der Wahlnacht, an denen die antisemitischen Handlungsgehülfen sich das Hauptver-dienst zuschreiben, (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) folgte der bekannte Erlaß des Kaisers noch vor den Stichwahlen, und nach sanften Mahnungen der liberalen Presse kam noch im Mai dieser Gesetzentwurf. Trotzdem also der politische Zusammenhang des Gesetzentwurfes mit den Wahlen ganz klar ist, verläßt ich es keinem Minister, wenn er seinem Monarchen den Rat gibt, daß dadurch populär zu machen, daß er ungerechte Gesetze ab-schafft. Ja, wenn man an besonders geschickter Stelle steht, so ist es geradezu eine Anstandsspflicht, Beleidigungen nicht zu ver-folgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In Wahr-heit stellt der Gesetzentwurf den Gedanken der politischen Toleranz auf den Kopf. In den Motiven spielt es eine große Rolle, daß das Emporen der Denunziantentum dem Ansehen der Monarchie nicht förderlich sei. Aber um dem vorzugeben, brau-

den wir kein besonderes Gesetz. Die Justiz selbst ist daran schuld, wenn ein derartiger Mißbrauch mit dem Majestätsbeleidigungsparagrafen getrieben werden konnte. Es hat sich gezeigt, daß unsere Justiz, unsere Richter vollkommen hilflos einem perfiden Denunziantentum gegenübersteht. Aber sich der Denunzianten zu erwehren, das hätte die Justiz sehr leicht gehabt. Wenn jemand mit einer Denunziation über eine vor Jahren gefallene Neuerung kommt, so ist er eben von vorn herein ungläubwürdig. Ich habe einmal, um die Unglaubwürdigkeit eines Mannes zu beweisen, der seinen Bruder denunziert hatte, 19 Zeugen geladen. Der vorstehende Landgerichtsrat sagte zu mir: „Glauben Sie denn, daß wir die 19 Zeugen nötig haben, daß wir einem solchen Subjekt, wie der Belastungszeuge ist, auch nur ein Wort glauben würden?“ — Leider denken nicht alle Richter so.

Die Verfolgung der nicht öffentlich ausgesprochenen Majestätsbeleidigung soll an die Genehmigung der Landesjustizverwaltung gebunden sein. Wie wird das wirken? — Die Spießbürger werden über den Kaiser schimpfen, wenn die Steuern zu hoch sind (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die Agrarier schimpfen, wenn die Zölle nicht hoch genug sind (Heiterkeit links), die Patrioten ergehen sich in Majestätsbeleidigungen, wenn der Kaiser eine Politik einschlägt, die ihnen nicht paßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Na, Sie lernen ja die Zeit der 99 Tage, die Zeit, wo Majestätsbeleidigungen billig waren, aber nicht zur Anklage führten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Leute werden den Vorteil von der Bestimmung haben. Nun, ich gönne es ihnen, sich einmal nach Vergeltung in ihren vier Wänden auszu-schimpfen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Angeklagte erklärte: „Ich bin ein konservativer Mann, Mitglied eines Kriegervereins, ich habe mich überreißt und bitte hundertmal um Entschuldigung.“ dann wird man sagen: „Der Mann ist unschuldig.“ und man wird ihn freisprechen. Wenn ein Freisinniger erklärte: „Ich bin ein freisinniger Mann.“ dann ist es schon zweifelhaft. (Große Heiterkeit.) Zentrum und Polen haben ja heute schon die gefehliche Vermutung gegen sich, daß sie „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ handeln. (Es ist das nicht immer so gewesen und wird wohl auch in Wälde wieder anders sein. (Erneute große Heiterkeit.) Wir Sozialdemokraten sind in der Beziehung „konservativ“. Bei uns wird — mag unsere Kritik aus der reinsten Ueberzeugung kommen, mag sie noch so berechtigt sein — bei uns wird immer „böswillig“ und „mit Vorbedacht“ vorliegen. Die politische Richtung spielt bei Majestätsbeleidigungsprozessen heute schon die größte Rolle. In einem nach den Wahlen herausgegebenen Erlaß lenkt der Justizminister die Aufmerksamkeit der Behörden darauf, ob die Zeitungen nicht etwa versteckte Angriffe gegen den Monarchen brähten! Eventuell müßte gegen den Täter sofort die Unter-suchung verhängt werden. Ob der Erlaß authentisch ist, oder nicht, gehandelt wird jedenfalls darnach. Durch die Ver-folgung der Majestätsbeleidigungen wird ein widerliches Denunziantentum geschworen. Man wird sagen, daß in einer Zeit, wo alle Welt über frivole Beleidigungen klagt, wir für eine Beschränkung des Beleidigungsbegriffes eintreten. Wer hat denn in dem Fall Molitor-Hau in der widerwärtigen Weise den Schmutz aufgewirbelt? Das war die „staatserkaltende“ Presse. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die sozialdemokratische hat nicht mit einem Finger an diesen Schmutz gerührt. Gegen uns aber geht man mit Verleumdungen der allerniedrigsten Art vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemo-kraten.)

wären sie gerne bereit, die verhängte Sperre aufzuheben. Beim Sammeln dieser Unterschriften machen nun die Meister kurzen Prozeß; wer nicht unterschreiben will, wird einfach gezwungen und dies gelingt um so leichter, als ja ein großer Teil der Arbeiter, Slowaken und Italiener, kaum der deutschen Sprache mächtig sind und daher kaum eine Ahnung von dem haben, was sie unterschreiben. Trotz alledem will es mit den Unterschriften nicht recht gehen, ganz abgesehen davon, daß diese vollständig wertlos sind; denn daß auf diese Weise die Aufhebung der Sperre nicht erzielt werden kann, dürfte die Direktion selbst einsehen. Derartige Rinkelstiche sind eher geeignet, den Konflikt zu verschärfen, als ihn zu beseitigen. Wenn die Direktion dann noch ihren Meistern verboten hat, in der Wirtschaft zu verkehren, in welcher die Arbeiter Versammlungen abgehalten haben, so trägt dies nur dazu bei, die Hochachtung vor den Meistern zu vermehren, die mit gültiger Erlaubnis der hohen Direktion ihr Bier in der Fabrikantentänke trinken dürfen, wo sie vor Inhaftierung geschützt sind; denn die Arbeiter gehen dort nicht hinein.

Ein Erfolg des Metallarbeiterverbandes. Bei der Firma Emil und Wilhelm Vint, Eisengießerei in Dinglingen bei Lahr wurde auf dem Wege friedlicher Verhandlung eine Ver längerung der täglichen Arbeitszeit um 1 Stunde bei gleichzeitiger wesentlicher Erhöhung des Lohnes erreicht. Die Arbeiter gehören sämtlich dem Metallarbeiterverbande an. Für die dort noch junge Organisation bedeutet das einen schönen Erfolg.

Warnung vor Bezug nach Hamburg. Im März ds. J. wurden in Hamburg 5000 organisierte Schauerleute ausgesperrt, weil sie sich erlaubt hatten, gegen eine 88stündige ununterbrochene Arbeitszeit Front zu machen. Beim Abschluß des Kampfes war vereinbart worden, daß die Frage der Nacht- und Sonntagsarbeit bis zum 1. Oktober 1907 zwischen beiden Organisationen geregelt werden sollte. Die Unternehmer lassen aber seit dem 1. Oktober nach dem einseitig von ihnen veröffentlichten Lohnvertrag arbeiten. In allen größeren Zeitungen Deutschlands werden Arbeiter für den Hamburger Hafen gesucht. Dabei wird ein Wochenlohn von 30 M. und 1 M. für die Ueberstunde versprochen. Den Arbeitern ist dringend zu raten, auf die verlockenden Versprechungen nicht hereinzufallen. Der Hafenbetriebsverein, die Organisation der Unternehmer, verlangt, daß die Arbeiter ein Kontraktverhältnis auf ein Jahr, ein Vierteljahr oder vier Wochen eingehen und sich verpflichten, jede ihnen vom Hafenbetriebsverein zugewiesene Arbeit und zu jeder Zeit zu verrichten. Außerdem müssen die Arbeiter der Spar- und Unterstützungskasse des Hafenbetriebsvereins beitreten. Die Guthaben der Arbeiter bei dieser „Wohlfahrts-Einrichtung“ verfallen um der geringsten Ursachen willen zugunsten der Kasse, so daß der Arbeiter umsonst gesparrt hat; schon eine verspätete Anzeige eines Krankheitsfalles kann dazu führen. Die Bestimmungen der Kasse sehen einer Buchstabenordnung recht ähnlich, sie fesseln den Arbeiter und machen ihn zum gefügigen Sklaven der Unternehmer, die auf diese Weise die Organisation der Arbeiter zerstören wollen. Arbeiter! Holt euren Brüdern nicht in den Rücken. Bleibt weg von Hamburg!

Badische Chronik.

Mannheim, 24. Nov. Kindsmord. In der Abortgrube der Edwirtschast Rheinhäuserstraße 96 hier wurde gestern Vormittag die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden, das, ehe es in die Grube geworfen wurde, durch Zertrümmerung des Schädels getötet worden ist. Als Täterin wurde ermittelt und verhaftet ein im gleichen Hause wohnendes 21 Jahre altes Mädchen von hier.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 25. Novbr.
Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Karlsruhe.

Die am Freitag Abend im großen Rathhaussaal stattgefundene ordentliche Generalversammlung der Allgem. Ortskrankenkasse war von 28 Arbeitgebern und 84 Arbeitnehmern besucht. Der Besuch war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung besonders seitens der Arbeitgeber ein schlechter, aber auch von den Arbeitnehmern fehlten 18 Vertreter ohne Entschuldigung. In den Ausschuh zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres wählten die Arbeitgeber wiederum Herrn Carl Moninger, die Arbeitnehmer die Herren Paul Schulz und Möser.

Der nächste Tagesordnungspunkt betraf die Vorlage betreffs Gewährung von Sterbegeldern an Familienangehörige. Darnach soll das Statut zu § 20 folgenden Absatz erhalten:

„Beim Todesfall von Familienangehörigen eines der Kasse seit 6 Wochen zugehörigen Mitgliedes wird, falls diese Personen nicht selbst dem Versicherungszwange unterliegen, gleichfalls ein Sterbegeld bezahlt. Dasselbe beträgt beim Tode der Ehefrau zwei Fünftel und beim Tode eines Kindes unter 14 Jahren ein Viertel des für das Mitglied festgesetzten Sterbegeldes.“

In der Diskussion sprach Arbeitersekretär Willi seine Freude darüber aus, daß man die Kasse wieder einen Schritt vorwärts bringe und den Mitgliedern eine Einrichtung bieten könne, die gewiß wohlthätig empfunden werde. Bedauerlich sei, daß man im Hinblick auf die bestehende Gesetzgebung nicht einen gerechteren Modus für die Gewährung dieser Unterstützung habe finden können, etwa durch Anpassung an die bestehende Begräbnisliste. Hoffentlich wird, nachdem die finanziellen Bedenken, die wiederholt die Aufsichtsbehörde zur Verweigerung ihrer Zustimmung bestimmten, die am Dienstag stattfindende Bezirksratsitzung diese Vorlage genehmigen.

Die Abstimmung über die Vorlage ergab einstimmige Annahme derselben.

Es folgte nun die Beratung des Statuts für den Ortskrankenkassenverband. Der Vorsitzende der Ortskrankenkasse, Hof, entrollte ein Bild der langwierigen Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der beteiligten Klassen geführt wurden, um schließlich doch zu einer Verständigung zu gelangen, die das Verbleiben der Allgem. Ortskrankenkasse im Ortskrankenkassenverband ermöglichte. Eine einschneidende Aenderung wurde bezüglich der Besetzung des Verbandsvorstandes erzielt, als Frucht eines Kampfes, der von den Vertretern der Versicherten in der Allgem. Ortskrankenkasse seit Jahren geführt wurde. Die frühere paritätische Vertretung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Verband ist beseitigt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer

sind nun auch im Verband in gleicher Weise wie in Generalversammlung und Vorstand der Kassen vertreten. Die Allgem. Ortskrankenkasse wird im Verband künftig durch drei Arbeitgeber und sechs Arbeitnehmer, die übrigen Kassen durch je einen Arbeitgeber und zwei Arbeitnehmer vertreten sein. Als eine weitere Errungenschaft der Arbeitervertreter darf die gerechtere Verteilung der Verwaltungskosten bezeichnet werden, wie sie jetzt im Statut festgelegt ist.

Herr Moninger ergriff das Wort in der Diskussion, um seiner Genehmigung über die erreichte Verständigung und das Verbleiben der Allgem. Ortskrankenkasse im Verband zum Ausdruck zu bringen.

Der folgende Redner, Arbeitervertreter Sigmund, äußerte sich zwar über das erreichte Einverständnis ebenfalls befriedigt, äußerte aber auch die Bedenken, die noch dagegen beständen, so namentlich bezüglich der Verbindlichkeiten, welche der Verband gegenüber den Angestellten übernimmt. Man hätte sich namentlich dagegen sichern sollen, daß nicht etwa junge, rüstige Beamte die Möglichkeit hätten, sich pensionieren zu lassen. Gerne gewähren die Arbeiter die Mittel, um die Zukunft der Angestellten und deren Angehörigen zu sichern, aber man müsse doch verlangen, daß dieselben auch, so lange sie fähig seien, zu arbeiten, im Dienst verbleiben. Herr Moninger hielt diesen letzteren Standpunkt für durchaus gerechtfertigt und sprach die Erwartung aus, daß auch nicht anders gehandelt werde. Herr Schäffer monierte die Bestimmung, daß zu einer Aenderung des Verbandsstatuts auch die Zustimmung der Majorität der Vorstände der beteiligten Kassen erforderlich sei. Die Herren Kirjken und Hof suchten die geltend gemachten Bedenken zu zerstreuen, worauf die Vorlage gegen eine Stimme Annahme fand.

Eine weitere wichtige Vorlage betraf die freie Arztwahl. Nachdem der Vorsitzende in längeren Ausführungen über die Vorgeschichte dieser Vorlage berichtet und darzulegen hatte, daß unter dem Druck der Arztorganisation nichts anderes übrig bleiben werde, als der freien Arztwahl zuzustimmen, nahm Arbeitersekretär Willi das Wort, um namens der Versicherten zu erklären, daß man den Herren Ärzten eine Erhöhung ihrer Bezüge nicht mißgönne, obgleich bei den hiesigen Ärzten kein Notstand herrsche, aber angesichts der üblen Erscheinungen, die man fast überall mit der freien Arztwahl gemacht habe, könne man sich nicht dafür erwärmen. Der Arztverein habe den Kassen die Pistole auf die Brust gesetzt, es sei heute unmöglich, sich dem Verlangen der Ärzte zu widersetzen. Man möchte nur wünschen, daß auch die Arbeiter sich eine gleich straffe Organisation schaffen und dann von den

Im Dezember

können im Verbreitungsgebiet des „Volkstrend“ noch hunderte neuer Abonnenten gewonnen werden. Die Zeiten sind erst und da gehört in die Familie jedes denkenden Menschen eine Zeitung, welche für die Volksrechte eintritt. Hinaus mit der Presse, welche nicht den Mut hat, bei wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen eine eigene Meinung zu vertreten.

Die Vorstände der Parteimitgliedschaften und Gewerkschaften in Verbindung mit unseren Filialinhabern eruchen wir, auch für den Dezember wieder alsbald eine planmäßige Agitation in der von uns wiederholt angegebenen Weise in die Wege leiten zu wollen. Agitation und Freieproplare stellen wir gerne zur Verfügung.

Verlag des Volkstrend.

Arbeitgebern mit gleichem Entgegenkommen behandelt würden. Uebrigens sei bei der freien Arztwahl nicht die Erhöhung der Bezüge der Ärzte das Schlimme, sondern die erfahrungsgemäß eintretende Erhöhung der Krankheitsfälle, Krankheitsstage und Krankengelder. Sollten auch die hiesigen Krankenkassen mit der freien Arztwahl die anderwärts gemachten schlimmen Erfahrungen durchmachen müssen, so wolle er heute schon erklären, daß man die Vertreter der Kassen dafür nicht verantwortlich machen dürfe, die Verantwortung falle dann voll auf die Herren Ärzte. Er, Redner, halte es für notwendig, dies in der Generalversammlung zu erklären, damit die Herren Ärzte eine Nichtsignur für ihre Tätigkeit in den Kassen hätten. Auch Herr Kirjken und Herr Oberle sprachen sich in ähnlicher Weise aus, Herr Oberle erklärte, daß der Vorstand der Kasse ein wachsam Auge haben werde.

Die Vorlage wurde von der Generalversammlung angenommen, da ihr nichts anderes übrig blieb. — Der Vorsitzende machte dann noch verschiedene Mitteilungen, so insbesondere hinsichtlich der Neuregelung der Ausgangszeit für die Kranken, worauf dann die Generalversammlung für geschlossen erklärt wurde.

Naturwissenschaftlicher Unterricht in der Prags.

In der gestrigen Exkursion des Vortragszyklus vom Verein Volksbildung beteiligten sich etwa 120 Personen; die Führung hatte Herr Professor Paulke, der Leiter des mineralogischen Instituts der Technischen Hochschule, übernommen. Von der Bahnstation Dos marschierten die Wissensdürstigen nach Scheuern, Baden, von da nach der Hburg, nach Barnhilt und landeten nachmittags 5 Uhr in Singheim. In den Steinbrüchen, welche der Beschäftigung unterzogen wurden, gab Herr Paulke die notwendigen Erklärungen und machte die Teilnehmer mit dem Entmündungsgang der Erdoberfläche in dieser Gegend bekannt. Die Anwesenden empfingen dadurch viele Anregungen und brachten dies dem Führer der Expedition gegenüber in Singheim, als man sich von den Strapazen erholte, zum Ausdruck. Abends 7 Uhr trat man die Rückreise nach Karlsruhe an.

Selbstmordversuch einer Frau. In der Nacht zum 24. d. Mts. verübte eine 26 Jahre alte Verkäuferin aus Breslau, wohnhaft in Frankfurt a. M., die schon seit 2 Tagen bei ihrem Bräutigam, einem led. Kaufmann hier, auf Besuch war, auf dessen Zimmer einen Selbstmordversuch dadurch, daß sie sich mit einem Messer am linken Arm die Pulsader öffnete. Nachdem sie von einem Arzte verbunden, wurde sie nach dem Krankenhaus verbracht. Der Beweggrund soll darin bestehen, daß sie auf Verweigerung drängte und ihr Bräutigam erklärte, hierzu noch nicht in der Lage zu sein.

* **Unterschlagung.** Ein 26 Jahre alter Osenjeger vom Kreis unterschlug seinem Arbeitgeber 67 M. und brauchte sie in seinen eigenen Augen.

Neues vom Tage.

Ein Robert Blum-Denkmal in Deutschland.

Es dürfte wohl, so schreibt die „Frankf. Zig.“, nicht allzu mein bekannt sein, daß Robert Blum in Deutschland ein Denkmal besitzt. Dieses einzige Blum-Denkmal in Deutschland befindet sich in Wetterweil, einem in der Provinz Oberhessen, Kreis Friedberg, liegenden Dorf von 600 Einwohnern. Dortselbst hat Blum vor seiner Abreise nach Wien unter freiem Himmel eine Volksversammlung abgehalten, die viele Tausende beimohnte. Als der kühne Volksredner bald darauf auf der Brigittanen in Wien für die Freiheit starb, errichteten ihm die dankbaren Wetterweiler zum ewigen Gedächtnis an seine letzte Rede, die er in Deutschland hielt, ein Denkmal, das sie seither in pietätvoller Weise pflegten.

Düsseldorf, 23. Nov. Tangend in den Tod. Ein tragisches Ende hat eine Variétékünstlerin auf der Bühne gemitt. Die amerikanische Phantasietänzerin La Popimab wurde bei der Vorstellung im Apollotheater am Schluß ihres Auftretens von einem Herzschlag getroffen. Sie starb sofort.

Bayreuth, 25. Nov. Der bekannte Baritonist und Kammeränger Theodor Veitram hat gestern früh verunfallt in einem Anfall von Geistesstörung Selbstmord begangen. Veitram selbst seit dem Tode seiner dritten Gattin, welche bei dem Untergang des Dampfers „Berlin“ am 21. Februar ds. J. ertrank, während er selbst durch einen Zufall dem Tode entgangen war, unter einer starken fechtigen Depression.

Reims, 24. Nov. In einer hiesigen Weberei erfolgte eine Explosion, wodurch zahlreiche Arbeiter getötet oder verwundet wurden. Die Fabrik wurde zum größten Teile zerstört. Wäre sind zwei Leichen unter den Trümmern hervorgezogen worden.

Raibach, 23. Nov. In Krosenfeld stürzte ein Neubau ein. Vier Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Zwei sind tot, die beiden andern verwundet.

Ein verhöbener Bahnhof. Im Raum für neue Gleisanlagen zu gewinnen, ist der Bahnhof Antwerpen-Dam auf einen Platz, der 33 Meter von dem früheren Standpunkt des Gebäudes entfernt liegt, verschoben worden. Die Arbeiten dauerten 5 Monate, während ein Neubau 2 Jahre beansprucht hätte.

Letzte Post.

Der Ansturm der preussischen Parteigenossen gegen die Dreiklassenwahlrecht.

Berlin, 25. Nov. Die Aktion gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht hat am gestrigen Sonntag mit einer Massenversammlung von Flugblättern in Berlin und den Vororten angefangen. Morgen werden in Groß-Berlin öffentliche Volksversammlungen mit der Tagesordnung „Der Wahlrechtskampf“ veranstaltet.

Wassermann über den Block.

Berlin, 24. Nov. Im Foyer des Reichstages erzählte man sich gestern anlässlich des nationalliberalen Parteitages in Wiesbaden habe der Abgeordnete Wassermann in einer vertraulichen Sitzung geäußert, der Block werde keine lange Lebensdauer haben, sondern bald an der abweichenden Meinung der Linksliberalen zu Grunde gehen. Er sehe das und erfolge alsdann abermals eine Auflösung des Reichstages, so müsse die ganze Schuld für diesen Zusammenbruch des Blocks dem Linksliberalismus zugeschoben werden. Die Nationalliberalen hätten dann die Aussicht, einen großen Teil der Mandate der Linksliberalen zu erobern und damit wäre ein neuer Block gesichert.

Die Arbeiterverhältnisse in der Großindustrie.

Berlin, 23. Nov. Wie die „Kosifische Zeitung“ hört, sind die vom Handelsministerium angeordneten Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse in der Groß-Industrie (Wahlung der Arbeitszeit, sanitäre Verhältnisse) abgeschlossen. Nach Prüfung des einschlägigen Materials wird sich entscheiden, ob und welche Schritte zur Beseitigung der festgestellten Mißstände erforderlich sein werden.

Endlich ein Verfahren gegen Hohenan.

Berlin, 23. Nov. Auf Befehl des Kaisers ist gegen den früheren Kommandeur des Regiments der Garde de Corps, späteren Generals und Brigade-Kommandeur Grafen Hohenan, der außerdem General à la suite des Kaisers war, ein chrengerichtliches Verfahren unter dem Vorsitz des Generaladjutanten von Löwenfeld eingeleitet worden. Die Zeugenvernehmungen haben bereits begonnen.

Geplantes Attentat auf Stolypin.

Petersburg, 24. Nov. Gestern erschien in der Wohnung Stolypins im Winterpalais ein Mann in Paradeuniform, der sich Oberst Sinjatim nannte und den diensttuenden Beamten bat, ihn beim Premierminister Stolypin zu melden. Das Benehmen des Obersten erregte indes Verdacht. Außerdem wurden einige Ungenauigkeiten an der Uniform entdeckt, worauf die sofortige Verhaftung des falschen Obersten erfolgte. Der Verhaftete verweigerte jegliche Auskunft. Ohne Zweifel hatte er ein Attentat geplant und Paradeuniform angelegt, da zu dieser auch ein Stabvolber gehört.

Zu den Wirren in Portugal.

Nachrichten aus Lissabon zufolge hat der Generaladjutant des Königs, Costa, seine Demission gegeben. General Lopez ist aus der Armee ausgeschieden. Ein Regiment Kavallerie und ein Regiment Infanterie, über deren Königstreue Zweifel bestehen, sind entwaffnet und man hat ihnen alle Munition entzogen. Die Volkspartei übernahm diese Mannschaften sowie auch die Kasernen. Auch viele politische Personen werden streng bewacht. Es heißt, der König habe sich geweigert, ein Dekret zu unterzeichnen, welches den Belagerungszustand über Lissabon verhängt. Nachrichten aus Lissabon zufolge geben dort die unglücklichsten Gerüchte um. Es heißt, der Kronprinz habe sich mit den Oppositionsparteien verständigt und werde, sobald die Absetzung des Königs erfolgt sei, die Regierung übernehmen. Amtlich wird jedoch erklärt, in Lissabon und der Provinz herrsche vollständige Ruhe und es werde auch keine Befürchtung wegen eventueller Unruhen.

„Amtlich“ ist ja immer von den Bediensteten des Königs „nichts bekannt“.

Volkstrend

Unterhaltungsblatt zum Volkstrend

Räumungs-Verkauf.

Wegen Umbau unserer Geschäftsräume sind wir genötigt, unser grosses Tuchlager schnellstens zu räumen; wir unterstellen dasselbe einem vollständigen Räumungs-Verkauf zu ganz bedeutend ermässigten Preisen.

Das Lager besteht aus den neuesten, modernsten Anzug- und Damen-Tüchern, Damen-Kostümstoffen, wasserdichten Paletotstoffen, Stoffen zu Knabenanzügen (echten Kieler Matrosenanzugstoffen), Loden, Sportstoffen und Livrestoffen etc.

„Günstige Gelegenheit zum Einkauf für praktische Weihnachtsgeschenke.“

Wiederverkäufer erhalten besonderen Rabatt.

en détail **Tuch-Lager** en gros
166 Kaiserstrasse 166

Gebrüder Hirsch

Montag
Dienstag
Mittwoch

3 Decken-Tage 3

den 25. Novbr.
den 26. Novbr.
den 27. Novbr.

Verlangen Sie Rabattmarken. Soweit Vorrat.

- Tischdecken**, Filztuch, gute Qual., befurbelt bezw. mit Applikation, St. 12.-, 10.50, 8.75, 5.60, 4.80, **2.25**
- Tischdecken**, Tuch, neueste Dessins, feinste Ausführung, St. 24.-, 19.50, 12.60, 9.-, **5.90**
- Tischdecken**, Plüsch, reichhaltige Auswähl, St. 31.-, 24.-, 18.50, 12.25, 9.75, **4.90**
- Tischdecken**, waschbar, in schönen Farbstellungen, St. 6.80, 4.50, 3.60, 2.75, 1.40, **98**
- Tischdecke** für Küchentisch, aus weissen Linoleum-Wachstuch, 70 cm x 100 cm **68**
- Chaiselongue-Decken**, Plüsch, Ton in Ton od. bunt gemischt, St. 28.50, 26.-, **22.80**
- Chaiselongue-Decken**, Samtflügelwebe, St. 22.-, 17.50, 15.-, 13.80, 9.50 **6.00**
- Bettdecken**, aus schwerem Erbstoff mit reichen Mustern f. 1 Bett, St. 24.50, 22.-, 18.50, 16.-, f. 2 Betten, St. 42.-, 35.-, 28.50, 24.-, 19.50 **11.80**
- Bettdecken**, Waffelbed. m. Franze, St. 6.50, 5.80, 4.80, 3.50, 2.45, 1.80 Halbpinus, gebojt, St. 7.25, 5.50, 4.75 Feinfarbige, St. 11.-, 9.50, 8.60 **1.80**
- Fensterschutzdecken**, Sealstin bzw. Wollfries St. 8.-, 6.50, 5.75, 4.25, 3.45, **1.95**

- Reisedecken**, geschmackvolle Muster St. 36.-, 28.-, 18.50, 15.-, 19.80 **3.50**
- Kamelhaardecken**, gar. rein Kamelhaar weiche Haare St. 26.50, 21.-, 19.-, 14.50 10.50, **7.50**
- Steppdecken**, Doppelseitig Satin, gut gearb. u. vorzügl. Füllungen, St. 23.-, 18.-, 14.25, **10.50**
- Jacquard Schlafdecken**, schwere Qualität St. 26.-, 22.-, 16.-, 12.50, 10.80, **8.25**
- Gelegenheit! Woll-Jacquard-Decke** für so lange Vorrat. mit baumwollener Kette St. **6.45**
- Jacquard Schlafdecken**, baumw. feinf. Muster St. 5.50, 4.75, 4.25, **3.25**
- Rote Schlafdecken**, reine Wolle mit schwarzer Borde St. 12.25, 10.-, 8.75, **5.90**
- Graue Schlafdecken**, sehr praktisch St. 6.50, 5.50, 4.95, **3.90**
- Pferde-Decken**, bis 230 Mtr. lang St. 11.25, 8.75, 6.50, 3.90, **1.20**
- Kinderwagendecken**, aus weissen Fellen St. 8.-, 6.50, 5.50, 4.25, **3.80**
- Kinderwagendecken**, Filztuch mit reicher Befurbelung bezw. Applikation St. 5.80, 4.50, 3.75, 1.45, **98**

Jul. Löwe

So lange Vorrat!
Gelegenheitskauf.
Normal-1 Posten Hemden (sogen. Kammhemden) in allen Grössen, zum Aussuchen **2.00** Stück **2.00**

Rabattmarken.
1 Posten Herren-1 Posten Socken gute Qualität 5074 Paar **60** Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.

Karlsruhe Werderplatz 25.

Beleidigungs-Zurücknahme.
Ich nehme die Aussagen, die ich gegen Herrn Otto Eganberger gemacht habe, reuevoll zurück.
A. Hammer.
Drucksachen aller Art liefert die Buchdr. Geck & Cie.

Geschw. Knopf.

MAGGI Erzeugnisse

WÜRZE **BOUILLON-KAPSELN** **SUPPEN**

DIE BESTEN

Schafwollenes Strickgarn
bist das Beste für empfindliche Hände. Läuft nicht ein und färbt nicht. Gibt zu haben bei **I. & S. Drensfuß**, Kriegstraße 8, Ecke Kronenstrasse. 4811

Pelze
bont einfachsten bis zu den elegantesten sind zu **billigsten Preisen** zu verkaufen
Kaiserstr. 51, II. vis-à-vis der techn. Hochschule.
Kleidermacherin nimmt noch Kund-
schaft an. **Werderplatz 33, 2.**

Umsonst u. franco Pracht-Katalog serv. neuartig in Stahl, Spiel, Musikw. etc. ca. 5000 Gegenst. enth. Sehr interessant für Jeden. Bitte zu verlangen
Fritz Hammesfahr Fabrik u. Versandhaus, Foche bei Solingen.
Neuheit! Nur bei mir zu haben. D. R. G. M. 5jähr. Garantie.
Versand pr. Nachnahme od. vorh. Kassa.
Kronen-Diamantstahl . . . M. 3.25
Kronen-Silberstahl . . . M. 2.25
Strichstramon . . . M. 1.00
Rasiermaschinen u. Pinsel à M. 0.50
Rasierseife u. -Pulver à M. 0.25
Kompl. Rasierapparatur mit Blutstilller in feinem Etui M. 8.00
Man sende mir Sammel-Auftrag Extr. Vergünstigungen.

Gegen **Monatsraten** von **2 M.** an

Musikwerke selbstspielende, sowie Dreh-Instrumente mit Metallnoten. Automaten

Zithern aller Arten, Saiten-Instrumente. Violinen nach alten Meister-Mod. Mandolinen, Gitarren, Harmonikas.

Grammophone garantiert echt, mit Hartgummi-Platten. Phonographen mit selbstspielenden Schallplatten

Ferner Photograph. Apparate, Operngläser, Feldstecher, künstl. gerahmte Bilder, Jagdgewehre, Schreibmaschinen.
Man fordere illustr. Katalog gratis und frei. Postkarte genügt.
Bial & Freund in Breslau II.

Bestellschein.

Unterzeichneter bestellt durch die Geschäftsstelle des „Volksfreund“
— Exemplar der Amtlichen Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung Session 1907/8
zum Vorzugspreis von M. 180.

Ort und Strasse (recht genau): _____ Name (recht deutlich): _____

Koetting & Heinze

Freiburg i. B.

Wir erhielten wiederum in Eisenbahnwagenladung einen

Partieposten billiges Linoleum

in prächtigen Parkett- u. Blumenmustern (keine beschädigte Ware)
Breite 60, 67, 90, 110, 130, 200 cm.

Ein Posten Granit- und Inlaid-Linoleum

200 cm breit.

Obige Posten kommen zu aussergewöhnlichen **Ausnahmepreisen** zum Verkauf **Rabattmarken.** Der Verkauf findet in einer Spezialabteilung statt. **Rabattmarken.**

